

Novelle des Düngerechts

Handeln statt zögern – Nitrateinträge wirksam senken

VKU-Forderungen in Kürze

- Novelle des Düngegesetzes rasch verabschieden.
- Einführung einer verbindlichen Nährstoffbilanz zum Schutz unserer Trinkwasserressourcen.
- Nitrat-Aktionsprogramm verbindlich umsetzen.
- Schaffung einer sicheren Rechtsgrundlage für die Ausweisung roter Gebiete.
- Zusätzlich Maßnahmen in roten Gebieten konsequent umsetzen.

Nitrat im Grundwasser: Eine Herausforderung für die Wasserversorgung

Nitrat stellt insbesondere in landwirtschaftlich geprägten Regionen ein Problem für die kommunale Wasserversorgung dar. Es gelangt hauptsächlich durch den **Einsatz von stickstoffhaltigen Düngemitteln und Gülle** ins Grundwasser. Da Nitrat sehr mobil im Boden ist, versickert es leicht und kann sehr lange das Grundwasser belasten.

Ein hoher Nitratgehalt im Trinkwasser kann gesundheitliche Risiken mit sich bringen. In Deutschland liegt der gesetzlich festgelegte **Grenzwert für Nitrat im Trinkwasser daher bei 50 Milligramm pro Liter**. Wird dieser überschritten, müssen Wasserversorger Maßnahmen ergreifen, etwa durch technische Aufbereitung, den Bau neuer Brunnen oder die Nutzung alternativer Wasserquellen. Diese Maßnahmen sind oft kostspielig und aufwendig.

Die Nitratbelastung ist zudem **ein langfristiges Problem**: Selbst, wenn der Düngereinsatz reduziert wird, dauert es Jahre bis Jahrzehnte, bis sich die Nitratwerte im Grundwasser wieder normalisieren. Für den Schutz unserer Trinkwasserressourcen ist daher eine

nachhaltige Landwirtschaft und ein verantwortungsvoller Umgang mit Düngemitteln entscheidend.

Der aktuelle [Nitratbericht Deutschlands](#) aus dem Jahr 2024 zeigt, dass es immer noch keine Entspannung bei den Nitrat-Einträgen in unsere Gewässer gibt. **25,6 % der Messstellen des EU-Nitratmessnetzes überschreiten weiterhin den Grenzwert von 50 mg/l Nitrat** im Grundwasser.

Zu den aktuellen Diskussionen über das Düngerecht positioniert sich der VKU mit den nachfolgenden Forderungen.

26

Prozent
der Messstellen oberhalb
des Nitrat-Grenzwerts

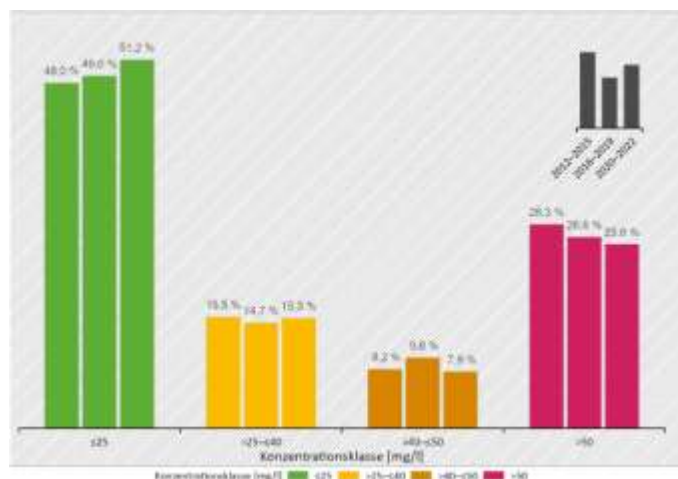
Quelle: Nitratbericht 2024

Novelle des Düngegesetzes rasch verabschieden – Einführung einer verbindlichen Nährstoffbilanz

Der aktuelle Nitratbericht zeigt deutlich: Wir müssen weiterhin konsequent Maßnahmen ergreifen, um unser Grundwasser als wichtigste Trinkwasserressource besser vor Nitrat zu schützen. Wir appellieren daher an Bund und Länder, die **Novelle des Düngegesetzes endlich zu verabschieden**. Denn weniger Nitrat bedeutet mehr Gewässerschutz.

Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat die **Stoffstrombilanzverordnung** auf Basis von § 11a des Düngegesetzes (DüG), wie im Koalitionsvertrag festgelegt, bereits im Frühjahr 2025 aufgehoben, ohne jedoch das angekündigte **alternative Instrument zur Nährstoffbilanzierung** einzuführen. Die Verordnung sollte bislang helfen, Nährstoffüberschüsse in der Landwirtschaft zu erfassen und Überdüngung zu vermeiden.

Die kommunale Wasserwirtschaft kritisiert diese Abschaffung im Schnellverfahren ohne Ersatzregelung scharf. **Ohne ein neues Steuerungsinstrument fehlt den Behörden die Kontrolle über tatsächlich ausgebrachte Düngemengen**. Die mögliche Folge: Mehr Nitrat im Grundwasser mit teuren Konsequenzen für die Wasserversorgung. Der VKU fordert deshalb eine rasche Novelle des Gesetzes mit klaren Vorgaben für die Nährstoffbilanz in § 11a DüG.



Häufigkeitsverteilung (%) der mittleren Nitratkonzentrationen an den gemeinsamen (konsistenten) 621 EU-Nitratmessstellen für vier verschiedene Konzentrationsklassen.

Anmerkung: Dargestellt sind die Häufigkeitsverteilungen für die drei Berichtszeiträume 2012 bis 2015, 2016 bis 2019 und 2020-2022. Der Einschubplot (grau) gibt Auskunft, welche Säule, welchem Berichtsjahr zugeordnet ist.

Quelle: Zusammenstellung des Umweltbundesamtes nach Angaben der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) 2024.

Bei der in diesem Zusammenhang geforderten Verursachergerechtigkeit für gewässerschonend arbeitende Betriebe muss sichergestellt werden, dass die EU-Nitratrichlinie durch **strikte Vorgaben im Düngerrecht weiterhin konsequent umgesetzt wird**. Davon darf es nur bei einem eindeutigen Nachweis der gewässerschonenden Bewirtschaftung durch die Betriebe eine Ausnahme geben. Die

Vorgaben gelten unabhängig davon **weiterhin in allen Wasserschutzgebieten**.

Nitrat-Aktionsprogramm verbindlich umsetzen

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) entschied am 8. Oktober 2025, dass die Bundesregierung, unabhängig von der Düngeverordnung, ein **separates Nitrat-Aktionsprogramm** gemäß § 3a DüngeG aufstellen muss. Dieses Programm muss geeignet sein, den Nitrat-Eintrag aus der Landwirtschaft so zu reduzieren, dass der **EU-Grenzwert von 50 mg/l im Grundwasser eingehalten wird**. Sodann soll das Aktionsprogramm in die laufenden Beratungen zur Düngeverordnung (DüV) einfließen.

Ein Nitrat-Aktionsprogramm würde aus Sicht des VKU klären, mit welchen Maßnahmen die Nitratwerte im Grundwasser so gesenkt werden können, dass der Schutz unserer Trinkwasserressourcen signifikant verbessert und die Grenzwerte der EU-Nitratrichlinie auch eingehalten werden können. Insofern bestätigt das Gericht nun die langjährige Haltung des VKU mit seiner **Forderung nach einer ganzheitlichen Strategie – über reine Düngeregeln für die Landwirtschaft hinaus**. Seit über 20 Jahren wird die Nitratrichlinie unzureichend umgesetzt: Es ist an der Zeit, endlich konsequent zu handeln. Grundwasser ist unsere wichtigste Trinkwasserressource, gerade im Klimawandel dürfen wir es nicht weiter gefährden. Andernfalls droht Deutschland zudem ein weiteres Vertragsverletzungsverfahren zur EU-Nitratrichlinie.

Die Wasserrahmenrichtlinie sieht zudem vor, dass der **Aufwand für die Trinkwasseraufbereitung so gering wie möglich bleiben muss**. Jede zusätzliche Belastung des Grundwassers führt zu höheren Kosten und technischen Herausforderungen bei der Aufbereitung. Die Maßnahmen des Nitrat-Aktionsprogramms und damit der DüV müssen daher so angepasst werden, dass am Ende nicht die kommunalen Wasserversorger und ihre Kundinnen und Kunden die Kosten tragen, die durch landwirtschaftliche Nutzungen verursacht werden. Das [Umweltbundesamt](#) hat in einer Studie **Preissteigerungen für die Trinkwasserkundinnen und -kunden von 32 bis 45 Prozent in belasteten Gebieten** berechnet. Im Extremfall könnte die technische Aufbereitung demnach pro Kubikmeter Wasser rund einen Euro mehr für die Verbraucher auf der Wasserrechnung bedeuten.

Schaffung einer sicheren Rechtsgrundlage für die Ausweisung roter Gebiete

Am 24. Oktober 2025 hat das BVerwG entschieden, dass die Bayerische Ausführungsverordnung zur Düngeverordnung (AVDüV) unwirksam ist. Der Grund: Sie stützt sich nicht auf eine ausreichende gesetzliche Grundlage und verstößt damit gegen höherrangiges Recht. Eigentlich sollte § 13a Abs. 1 der bundesweiten Düngeverordnung (DüV) diese Grundlage bieten. Nach Auffassung des Gerichts reicht diese Vorschrift zur Ausweisung nitratbelasteter Gebiete (sogenannte rote Gebiete) jedoch nicht aus, um so weitreichende Eingriffe in die Grundrechte der Landwirte, insbesondere Eigentum und

Berufsfreiheit, zu rechtfertigen. So müssten wichtige Vorgaben wie die **Anzahl und Lage der Messstellen** sowie das **Verfahren zur Abgrenzung belasteter und unbelasteter Gebiete direkt in der DüV** geregelt sein. Es genügt nicht, diese Punkte erst in der „[Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausweisung von mit Nitrat belasteten und eutrophierten Gebieten](#)“ (AVV GeA 2022) festzulegen. Die Entscheidung des BVerwG hat Auswirkungen weit über Bayern hinaus. Das Gericht stellte klar: § 13a der Düngeverordnung enthält nicht genügend konkrete Vorgaben, um den Ländern eine rechtssichere Grundlage für die Ausweisung roter Gebiete zu geben. Das betrifft alle Bundesländer, nicht nur Bayern.

Wenn Bundesländer keine roten Gebiete ausweisen, greift die in § 13a Abs. 4 DüV vorgesehene **Rückfallregelung**. Sie wurde auf Drängen der EU-Kommission eingeführt, um im Vertragsverletzungsverfahren zur Nitratrichtlinie sicherzustellen, dass rote Gebiete unabhängig vom Vorgehen der Länder festgelegt werden. In diesem Fall gelten die **zusätzlichen Anforderungen für die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche innerhalb des betroffenen Grundwasserkörpers**. Die Länder müssen diese Gebiete bestimmen und öffentlich bekannt machen. Diese Rückfallregelung müsste angewendet werden, wenn nicht zeitnah eine neue Gebietskulisse auf Basis einer angepassten Düngeverordnung geschaffen wird.



Für den Schutz unserer Trinkwasserressourcen ist eine nachhaltige Landwirtschaft und ein verantwortungsvoller Umgang mit Düngemitteln entscheidend.

Der VKU fordert daher, dass der Bund schnell eine klare und belastbare Rechtsgrundlage schafft, um die Ausweisung roter Gebiete und den Vollzug der Maßnahmen rechtssicher zu gewährleisten. Dabei sollten die **bisherigen Kriterien der AVV GeA 2022 in die Düngeverordnung übernommen und weiterhin flächendeckend angewendet werden**. So sollte für den vorsorgenden Schutz der Trinkwasserressourcen zudem weiterhin das Nitratabbauvermögen berücksichtigt werden – also die Frage, wie lange unsere Böden das Nitrat noch abbauen können, sodass der Nitrat-Eintrag vorausschauend reduziert werden kann. Das entspricht den Vorgaben der EU-Nitratrichtlinien.

Zusätzlich Maßnahmen in roten Gebieten konsequent umsetzen.

In roten Gebieten gelten seit 1. Januar 2021 nach § 13a Abs. 2 DüV **bundesweit strengere Regeln**: Der Düngebedarf ist im Betriebsdurchschnitt **um 20 Prozent zu reduzieren**, bezogen auf die Flächen innerhalb dieser Gebiete. Wie die Kürzung erfolgt, entscheiden die Betriebe selbst. Ausnahmen bestehen für gewässerschonend wirtschaftende Betriebe (≤ 160 kg Gesamtstickstoff/ha, ≤ 80 kg mineralisch) sowie für Ökobetriebe. Pro Schlag gilt eine **Obergrenze von 170 kg Gesamtstickstoff** aus organischen oder organisch-mineralischen Düngern. Die **Herbstdüngung** von Winterraps, Wintergerste und Zwischenfrüchten ohne Futternutzung ist verboten, außer bei nachgewiesenem Stickstoffmangel. Zusätzlich gelten **Sperrfristen**: Von November bis Ende Januar dürfen kein Festmist und Kompost ausgebracht werden; für Grünland gilt eine viermonatige Sperrfrist für stickstoffhaltige Dünger. Die Herbstdüngung mit flüssigen organischen Düngern auf Grünland ist auf 60 kg Gesamtstickstoff/ha begrenzt.

Der Nitratbericht 2024 zeigt deutlich, dass die Belastung des Grundwassers mit Nitrat weiterhin ein ernstes Problem darstellt. Die bisherigen Maßnahmen haben nur zu geringen Verbesserungen geführt und reichen nicht aus, um die Anforderungen der europäischen Nitratrichtlinie zu erfüllen. Vor diesem Hintergrund fordert der VKU weiterhin, **klare und verbindliche Vorgaben von Bund und Ländern für Maßnahmen in belasteten Gebieten umzusetzen**. Auf Basis des neuen Nitrat-Aktionsprogramms müssen die bisherigen Regelungen systematisch überprüft und bei Bedarf verschärft werden. Ziel ist es, die Nitratreinträge spürbar zu reduzieren und den Schutz der Trinkwasserressourcen langfristig sicherzustellen.

Für eine Absenkung des Anforderungsniveaus besteht kein Spielraum. Im Gegenteil: **Es bedarf vielmehr einer konsequenten Umsetzung und Kontrolle der Maßnahmen**, um den Schutz unserer Trinkwasserressourcen zu gewährleisten. Die Niedersächsische Wirtschaftsdüngermeldeverordnung (WDüngMV,NI) beispielsweise regelt detailliert, welche Daten bei Abgabe, Übernahme, Import und Beförderung von Wirtschaftsdünger sowie sonstigen Stoffen aufgezichnet und gemeldet werden müssen.

Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik kann gegebenenfalls eine finanzielle Unterstützung für Betriebe, die strengere Maßnahmen in belasteten Gebieten umsetzen, integriert werden. Insbesondere sollte auch eine **auskömmliche Finanzierung der Kooperationen zwischen Wasserwirtschaft und Landwirtschaft** geschaffen werden.

Ihre Ansprechpartnerin im VKU

Nadine Steinbach

Bereichsleiterin Umweltpolitik

Telefon 030 58580-153

E-Mail: steinbach@vku.de